

## **Beschlüsse aus der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 22.05.2017**

### **§ 1 ö**

#### **Bekanntgaben**

##### Bekanntgaben nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

In der vergangenen BSA-Sitzung am 20.02.2017 hat das Gremium in nichtöffentlicher Sitzung einen abschließenden Beschluss gefasst:

In der Abteilung Schulen und Kultur wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Vollzeitstelle im Schülerwohnheim in der Eduard-Conz-Straße mit einer, wie vom Gesetzgeber gefordert, entsprechend qualifizierten Kraft besetzt. Aufgrund der gesetzlichen Erfordernis soll die Stelle zum schnellstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden. Diese zusätzliche Stelle wird im Stellenplan 2018 ausgebracht und steht unter dem Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses 2018.

### **§ 2 ö**

#### **Kultur im Landkreis Calw und in der Region Nordschwarzwald**

Vorlage BSA 2017/69

Herr Dr. Determann, Leiter des Kulturamtes Ettlingen und ehemaliger Professor der SRH-Hochschule Calw für den Studiengang Kulturmanagement, berichtet über den Stand der Projekte, die im Zuge der Kulturstudie begonnen wurden.

Der Bildungs- und Sozialausschuss nimmt die Informationen zu neuen Impulsen in der Kulturarbeit des Landkreises und der Region zur Kenntnis.

### **§ 3 ö**

#### **Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze und Auswirkungen auf die Leistungen in der Hilfe zur Pflege**

Vorlage BSA 2017/68

Der Bildungs- und Sozialausschuss nimmt die Veränderungen der Rahmenbedingungen im Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) sowie die Auswirkungen auf die Leistungen in der Hilfe zur Pflege (SGBXII) zur Kenntnis.

### **§ 4 ö**

#### **Kreisberufsschulzentrum Nagold –Sicherheitsbeleuchtung-**

Vorlage BSA 2017/65

Die Verwaltung wird ermächtigt die Sicherheitsbeleuchtung am Kreisberufsschulzentrum Nagold zu erneuern. Baufreigabe wird erteilt.

(13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

## **Beschlüsse aus der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 22.05.2017**

### **§ 5 ö**

#### **Ausweitung der Schulsozialarbeit an der Karl-Georg-Haldenwang-Schule**

Vorlage BSA 2017/70

In der Abteilung Schulen und Kultur können zur Ausweitung der Schulsozialarbeit zusätzlich 0,25 Stellenanteile besetzt werden.

(13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen)

### **§ 6 ö**

#### **Verschiedenes**

##### Behandlung schwer Opiat-Suchtkranker durch Substitution im Landkreis Calw

Kreisrat Kante berichtet über die schwierige Situation schwer Opiat-Suchtkranker, die an einem Substitutionsprogramm teilnehmen. Da mittlerweile nur noch ein Arzt praktiziert, der zur Substitution berechtigt ist und dieser auch im nächsten Jahr aufhören wird, ist die wohnortnahe Versorgung nicht mehr möglich. Herr Kante bittet darum, dass der Landkreis sich der Problematik annimmt, auch wenn dies nicht in seiner Zuständigkeit liegt. Außerdem bittet er darum zu prüfen, inwiefern die Krankenhäuser im Landkreis Behandlungen zur Substitution übernehmen können und verweist auf ein Modellprojekt in Tuttingen.

Der Vorsitzende bedankt sich für diesen Hinweis und fügt an, dieses Problem bestehe in ganz Baden-Württemberg, was daran liegt, dass es zu wenig Ärzte gibt, die substituieren dürfen und dass die Finanzierung der Ärzte nicht ausreichend geregelt ist. Herr Dr. Wiehe weist darauf hin, dass der Landkreis keine Ärzte ausbildet und die Rahmenbedingungen nicht ändern kann. Er gibt aber bekannt, dass das Problem im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz angesprochen und weitere Schritte vereinbart wurden. Des Weiteren sei theoretisch eine Substitutionsbehandlung am ZfP möglich, derzeit seien aber die Rahmenbedingungen nicht gegeben.

Kreisrätin Wehrstein ergänzt, die Substitution sei sehr zeitaufwändig und die behandelnden Ärzte könnten nicht alle Leistungen abrechnen.

Der Vorsitzende sagt zu, das Gremium über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten und Aktivitäten abzustimmen.

Kreisrat Kante ist froh, dass entsprechende Gespräche geführt wurden und regt an, die Förderung von Ärzten die substituieren zu institutionalisieren.

##### Sprachkurse für Flüchtlinge an Berufsschulen

Kreisrat Dr. Götz bedankt sich für den Einsatz des Landratsamts, trotz strenger Regelungen - das Regierungspräsidium hat veranlasst, dass nur noch Schüler bis 19 Jahre in die VABO-Klassen aufgenommen werden sollen und bereits in VABO-Kursen registrierte über 19-Jährige nach Abschluss der VABO-Klasse nicht in die Regelklassen übernommen werden -

## **Beschlüsse aus der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 22.05.2017**

Sprachkurse an Berufsschulen auch für ältere Asylbewerber anbieten zu können und bittet darum, sich an entsprechenden Stellen dafür stark zu machen, dies auch weiterhin tun zu können, um junge Leute mit einer verzögerten Bildungsbiografie besser zu integrieren.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis zu dieser Änderung und wundert sich, dass er nicht direkt vom Regierungspräsidium informiert wurde. Er weist auf den Erfolg und den Modellcharakter der VABO-Klassen hin, die am Mittwoch, den 24.05.2017 vom Land ausgezeichnet werden. Weiterhin führt er aus, dass die Altersgrenze schon immer ein Thema war und erinnert daran, dass in Zeiten begrenzter Ressourcen zunächst Schulpflichtige beschult werden mussten, dass jedoch darüber hinaus bei freien Kapazitäten auch Älteren die Teilnahme an den Sprachkursen ermöglicht wird. Er teilt mit, bis zu einer E-Mail von Kreisrat Dr. Götz nichts von der Änderung gewusst zu haben und bedankt sich für die Information.

Kreisrat Dr. Götz weist darauf hin, dass es noch keine offizielle Änderung gegeben habe. Es seien nun aber die Kapazitäten geringer, weshalb die Aufnahme strenger geregelt werden müsse.

Herr Lipinski bestätigt, dass in der Vergangenheit noch Kapazitäten in den VABO-Klassen vorhanden waren, was jetzt nicht mehr der Fall ist. Er weist darauf hin, dass in anderen Kreisen schon viel früher keine Kapazitäten zur Beschulung von über 18-Jährigen mehr frei waren und dies auch nicht die originäre Aufgabe der Berufsschulen sei.

Herr Dr. Wiehe unterstreicht, dass die Schulleiter der beruflichen Schulen sehr fortschrittlich waren und sagt zu, sich des Themas anzunehmen und Gespräche mit den Schulen sowie – falls nötig – mit dem Regierungspräsidium zu führen. Er teile außerdem das Unverständnis von Kreisrat Dr. Götz bezüglich des Zeitpunkts dieses Vorstoßes.

**Gefertigt:  
Calw, den 31.07.2017**

**Christine Heuckeroth**